

P-1 B Für einen CO2 Preis, der wirklich etwas verändert

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 21.01.2020
Tagesordnungspunkt: P – Aktuelle politische Entwicklungen

Antragstext

1 Der Sommer 2019 war der heißeste seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Durch die
2 anhaltende Dürre kam es in Brandenburg zu den größten Waldbränden aller
3 Zeiten und auch in Portugal, Spanien, Australien, Brasilien, Zentralafrika und
4 in der Arktis standen 2019 große Flächen in Flammen. Dabei wurde extrem viel
5 CO₂ freigesetzt, und die Folgen treffen insbesondere Menschen im Globalen
6 Süden, die sich nicht vor den Folgen schützen können.

7 Hitzewellen, Dürren und Überschwemmungen: Die Klimakrise ist da, doch die
8 Große Koalition hat in den letzten Jahren eher mit Unwissen und Blockadehaltung
9 die Klimapolitik Deutschlands und Europas bestimmt.

10 Das vorgeschlagene Klimapaket der Bundesregierung vom September 2019 reicht
11 nicht aus, um die eigenen Klimaschutzziele bis 2030 zu erreichen, die
12 Erreichbarkeit von 1,5 Grad des Pariser Abkommen liegt in weiter Ferne. Jahr
13 für Jahr schiebt die Große Koalition die Reduktionsverpflichtungen weiter vor
14 und jedes Jahr stoßen Deutschland und Europa mehr CO₂ aus, als uns noch
15 rechnerisch zusteht.

16 Es ist schon lange nicht mehr 5 vor 12! Um die Klimakrise im heutigen Stadium
17 noch eindämmen zu können, brauchen wir ab sofort eine Kehrtwende in der
18 Politik. Neben einem Klimavorbehalt, der alle weiteren Maßnahmen und Gesetze
19 der Bundesregierung prüfen soll und einem Instrumentenmix, der die Verkehrs-,
20 Agrar-, Industrie-, Gebäude- und Energiesektoren gleichermaßen unter die Lupe
21 nimmt und eine Transformation in allen Bereichen ermöglicht, fordern wir einen
22 CO₂-Preis, der schon heute Wirkung zeigt und den Wandel weg von
23 klimaschädlichen Prozessen verschnellert.

Nur ein ambitionierterer CO2 Preis kann Wirkung zeigen

25 Ein CO₂-Preis kann dazu dienen, dass ambitionierterer Klimaschutz schneller
26 vorankommt, da der Marktmechanismus klimaschädliche Prozesse bei einem

27 angemessenen Preis verhindert. Für uns ist allerdings klar, ein CO₂-Preis ist
28 nur dann auch wirklich gut und fair für eine Gesellschaft, wenn er sozial
29 gerecht gestaltet wird.

30 Das Umweltbundesamt schätzt die Schäden, die eine Tonne CO₂ anrichtet, auf 180
31 € pro Tonne (in Preisen für 2016 gerechnet), wenn man die Schäden für
32 zukünftige Generationen noch beachtet sogar auf 640 €. Der CO₂-Preis von 25
33 €, auf den sich der Vermittlungsausschuss im Dezember 2019 geeinigt hat, ist
34 nicht hoch genug, um überhaupt eine Wirkung zu zeigen und die ersten
35 klimaschädlichen Prozesse sofort zu beenden. Ein CO₂-Preis, der wirklich
36 Wirkung zeigt, muss bei mindestens 50 € beginnen, wie verschiedene Studien
37 begründen (u. a. von Agora Energiewende).

38 Die GRÜNE JUGEND fordert einen CO₂-Preis von 80 € ab 2020 und einen Anstieg
39 von 30 € pro Jahr für alle Sektoren. Dies würde bedeuten, dass wir 2024
40 einen Preis von 200 € erreichen. Ebenfalls fordert die GRÜNE JUGEND in diesem
41 Zusammenhang ein unabhängiges Gremium bestehend aus Klima- und
42 Wirtschaftswissenschaftler*innen, das im Umweltbundesamt angegliedert ist,
43 welches jährlich überprüfen soll, ob die Höhe des CO₂-Preises ausreicht und
44 generationengerecht ist oder doch erhöht werden muss.

45 Andere Staaten in Europa gehen mit gutem Beispiel voran: So haben sowohl
46 Schweden mit 115 € pro Tonne als auch die Schweiz mit 96 Franken pro Tonne
47 einen CO₂-Preis, der schon heute Wirkung zeigt.

48 Das Aufkommen aus der Steuer muss durch Mechanismen wieder zurück an die
49 Menschen verteilt werden, um soziale Gerechtigkeit zu garantieren. Deswegen
50 fordert die GRÜNE JUGEND ein Energiegeld von 300 € jährlich, das an alle
51 Bürger*innen gegeben wird. Dieses soll dann in Relation zum steigenden CO₂-
52 Preis weiter anwachsen. Dieser Mechanismus führt dazu, dass Haushalte, die
53 weniger Energie verbrauchen, auch mehr Geld erstattet bekommen. Bei einer
54 Steigerung des CO₂-Preises muss das Energiegeld dementsprechend zurück an die
55 Menschen verteilt werden, um eine Mehrbelastung ärmerer Haushalte zu
56 verhindern.

57 Die übrigen Einnahmen, die nicht in ein Energiegeld für Bürger*innen
58 fließen, sollen in Gänze in klimaschonende Maßnahmen fließen und so einen
59 schnelleren Wandel ermöglichen, um damit die Zukunft kommender Generationen zu
60 sichern und kommende Schäden möglichst gering zu halten.

61 Als GRÜNE JUGEND fordern wir, (unter anderem) Maßnahmen zu priorisieren, die
62 sowohl klimaschonend sind, als auch die soziale Spaltung bekämpfen. Als gutes
63 Beispiel kann hier eine Initiative des Ausbaus und der Vergünstigung des
64 Öffentlichen Nah-/Fernverkehrs dienen. Wir wollen klar machen: Soziale
65 Gerechtigkeit und der Kampf gegen die Klimakrise sind miteinander vereinbar und

66 stehen in keinem Widerspruch zueinander!

67 **Alle Gelder sofort raus aus klimaschädlichen Prozessen**

68 Neben einem CO₂-Preis fordert die GRÜNE JUGEND sofort alle Subventionen in
69 klimaschädliche Prozesse zu beenden. Damit werden sowohl die Steuerbefreiung von
70 Rohöl zur Plastikherstellung als auch der Beschaffungszuschuss für
71 Ölheizungen und die Subventionen von Kohlekraftwerken sofort eingestellt. Auch
72 die Energiesteuerbefreiung des Kerosins und die Mehrwertsteuerbefreiung für
73 internationale Flüge sind umgehend aufzuheben. Gleiches gilt beispielsweise
74 auch für das Dieselprivileg oder die Agrardieselvergütung.

75 Leider haben klimaschädliche Unternehmen an Kapitalmärkten auch jetzt noch
76 leichtes Spiel, an Geld für neue CO₂-intensive Investitionen zu kommen. Selbst
77 öffentliche Kapitalanlagen in klimaschädliche Unternehmen sind absolut
78 gängig. Das muss sich ändern! Die GRÜNE JUGEND fordert, dass jegliche
79 öffentliche Beteiligung an klimaschädlichen Unternehmen beendet und
80 Finanzmittel divestiert werden. Wir wollen, dass sich öffentliche Akteur*innen
81 ausschließlich an erneuerbaren Energieträgern beteiligen.

82
83 Öffentliche Mittel für Universitäten und Forschungsinstitute, die bisher zur
84 weiteren Erforschung fossiler Energieträger zur Verfügung gestellt wurden,
85 will die GRÜNE JUGEND zur Forschung an Erneuerbaren Energien oder auch der
86 Klimafolgenanpassung einsetzen.

87 **Marktmechanismen alleine werden die Welt nicht retten –**
88 **wir brauchen einen Systemwandel**

89 Ein CO₂-Preis und weitere finanzpolitische Mechanismen, wie ein Ende aller
90 klimaschädlichen Subventionen, werden die Klimakrise allein nicht beenden.
91 Vielmehr ist die Mehrwertlogik und der damit verbundene Wachstumszwang des
92 Kapitalismus das Problem. Für uns ist klar, dass wir ein anderes
93 Wirtschaftssystem brauchen, in dem Wohlstand nicht mehr auf Ausbeutung von
94 Mensch und Natur beruht. Wir müssen über das kapitalistische System hinaus
95 denken und ein sozial-ökologisches Wirtschaftssystem entwickeln, das die
96 Bedürfnisse von Menschen sowie den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlage
97 in den Mittelpunkt stellt und entlang dieser Linien technischen Wandel gestalten
98 und nutzen.

99 Ordnungspolitik wie ein Kohleausstieg vor 2030 in ganz Europa, Preispolitik,
100 Daseinsvorsorge, eine starke öffentliche Hand sowie Förder- und
101 Investitionspolitik müssen heute den Rahmen setzen, können jedoch niemals eine
102 langfristige Lösung sein. Für uns ist klar: Nur wenn wir unsere Wirtschaft
103 grundlegend verändern und eine sozial-ökologische Transformation außerhalb
104 des Kapitalismus und der Wachstumslogik schaffen, kann unsere Lebensgrundlage

105 langfristig bestehen und ein gutes Leben für alle Menschen garantiert werden.

P-2 B Siemens schür kein Feuer - #stopadani

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 21.01.2020
Tagesordnungspunkt: P – Aktuelle politische Entwicklungen

Antragstext

1 In den vergangenen Monaten wurden durch die Wald- und Buschbrände in ganz
2 Australien fünf Millionen Hektar Land verbrannt. Dabei verloren mehrere Menschen
3 und Milliarden von Tieren ihr Leben, Tausende mussten vor den Bränden fliehen
4 und ihre Häuser zurücklassen. Zwar sind Feuer in Australien keine Seltenheit,
5 aber die Heftigkeit und Frequenz der Brände in den letzten Jahren sind
6 alarmierend und lassen einen deutlichen Zusammenhang zwischen globaler
7 Erderwärmung und Wetterextremen vor Ort erkennen.

8 In Anbetracht dieser verheerenden Buschfeuer in Australien ist es geradezu
9 absurd, weiter an fossilen Energieträgern festzuhalten, deren Verbrennung einen
10 enormen Ausstoß von Treibhausgasen verursacht und so die Klimakrise weiter
11 vorantreibt.

12 Trotzdem soll in Australien die größte Kohlemine der Welt erschlossen werden.
13 Der Konzern Adani Group plant damit jährlich 60 Millionen Tonnen Kohle aus
14 fünf Untertageminen und sechs Tagebaustätten der Carmichael Mine zu fördern.
15 Alleine damit wird das weltweite Kontingent an CO₂-Emissionen deutlich
16 überschritten. Die Pariser 1,5-Grad-Grenze wird durch dieses Kraftwerk allein
17 gefährdet. Das Great Barrier Reef wird durch den geplanten Transport der
18 geförderten Kohle massiv gefährdet und das gesamte Ökosystem bedroht!
19 Außerdem schweben indigene Bevölkerungsgruppen in der Gefahr durch das
20 Großprojekt ihre Lebensgrundlagen zu verlieren.

21 Die Technik für eine 200 Kilometer lange Signalanlage, die die Miene mit dem
22 regulären Schienennetz verbinden soll, will der Konzern Siemens bereitstellen.
23 Obwohl sich der Konzern selbst das Ziel auferlegt hat, bis 2030 klimaneutral zu
24 wirtschaften, handelt er durch die Beteiligung an diesem Großprojekt entgegen
25 der eigenen Prinzipien und gegen die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen
26 sowie Menschen im globalen Süden.

27 Als Grüne Jugend fordern wir Siemens dazu auf, die Beiteiligung zu überdenken
28 und sich – so wie es die konkurrierenden Unternehmen auch getan haben – aus

29 dem Projekt zurückzuziehen. Siemens muss Verantwortung übernehmen – nicht
30 nur für seine Shareholder. Den Bekenntnissen des Unternehmens zu den Pariser
31 Klimazielen müssen Taten folgen. Schluss mit dem Greenwashing!

32 Doch eigentlich darf es gar nicht soweit kommen, dass einzelne Unternehmen
33 gravierende Entscheidungen über unsere Zukunft fällen können. Die Klimakrise
34 kann man nicht mit freiwilligen Selbstverpflichtungen von Unternehmen stoppen;
35 es bedarf im Gegensatz dazu einer starken Ordnungspolitik. Denn Siemens handelt
36 innerhalb der Prämissen des Kapitalismus rational und hält sich an die
37 vorgeschriebenen Vertragsrichtlinien. Wenn man Unternehmen dazu bringen möchte,
38 in Zukunft nur noch erneuerbare Energien und klimafreundliche Projekte zu
39 unterstützen, muss der Staat Verantwortung übernehmen und eine klare,
40 stringente Klimapolitik beschließen, die belohnt, was Menschen nützt, und
41 bestraft, was unsere Lebensgrundlagen bedroht.

42
43 Deswegen wollen wir, dass weltweit fossile Energieträger und insbesondere Kohle
44 überflüssig gemacht werden. In diesem Zusammenhang fordern wir einen Ausstieg
45 aus der Kohlekraft in Deutschland bis 2025 und in Europa bis 2030. Desweiteren
46 brauchen wir einen europäischen Green Deal, der den Ausbau der erneuerbaren
47 Energien beschleunigt, nur noch klimaneutrale Industrien unterstützt und eine
48 Transformation aller Sektoren wie Verkehr, Landwirtschaft, Gebäude und
49 Abfallwirtschaft bis spätestens 2040 vornimmt. Die GRÜNE JUGEND fordert, dass
50 diese Maßnahmen unter einem europäischen Klimavorbehalt zusammengefasst
51 werden, welcher alle zukünftigen Gesetze in Europa darauf prüft, ob sie mit
52 Klimaneutralität vereinbar sind.

53
54 Uns ist klar, dass die Klimakrise nicht innerhalb des kapitalistischen Systems
55 bekämpft werden kann, deshalb setzen wir uns als Grüne Jugend langfristig für
56 die Überwindung des Kapitalismus ein.